



Regierungserklärung

„Integration leben: Werte - Pflichten - Chancen“

von

Staatsministerin Christine Haderthauer

Bayerischer Landtag, den 11.11.2010

Es gilt das gesprochene Wort

Diese Regierungserklärung zur bayerischen Integrationspolitik ist bereits länger geplant, und die lebhaften Diskussionen im Sommer und Herbst haben mich darin bestärkt. Denn sie haben gezeigt: Es gibt großen Bedarf an gesellschaftlicher Orientierung und öffentlicher Positionsbestimmung.

Integration hat den Zusammenhalt der Gesellschaft zum Ziel. Sie muss täglich gelebt werden. Integration ist zu wichtig, um sie abstrakten ideologischen Disputen zu überlassen.

Im Mittelpunkt dieser Regierungserklärung stehen die in Bayern lebenden Menschen. Eine vitale Gesellschaft lebt vom Zusammenhalt, von gemeinsamen Werten, klaren Pflichten und Chancen für alle.

Deutschland ist kein Einwanderungsland. Als wir in den Fünfziger und Sechziger Jahren die Gastarbeiter riefen, gingen wir und sie von ihrer Rückkehr aus.

Wer einwandert, um zu bleiben, hat den wichtigsten Schritt für gelingende Integration bereits getan: Er hat „Ja“ zu unserer Gesellschaft gesagt, sich bewusst dazu entschieden, in unserer Kultur, unserer Rechtsordnung, in einer Gesellschaft mit unseren Werten und Traditionen zu leben.

Genau diese Voraussetzung aber fehlte den Gastarbeitern, den Zuwanderern der ersten Stunde.

Die wirtschaftlichen Entwicklungen in den Herkunftsländern führten dann dazu, dass viele die geplante Rückkehr in die Heimat nicht verwirklichten. Gleichzeitig setzte der Familiennachzug ein.

Erst als die Migranten schon zahlreich und lange unter uns lebten, begann man sich in Deutschland aber spürbar mit ihrer Integration zu beschäftigen.

Mit dem Zuwanderungsgesetz wurde erstmals 2005 die Notwendigkeit der Förderung der Integration festgeschrieben. Im August 2007 wurde der Nachweis einfacher Sprachkenntnisse beim Ehegattennachzug eingeführt.

Deutschland hat über Jahrzehnte Zuwanderung erlebt. Dass etwa ein Fünftel unserer Bevölkerung mittlerweile einen so genannten Migrationshintergrund hat, ist aber erst langsam ins kollektive Bewusstsein geraten.

Wir haben Einiges aufzuholen.

Menschen mit Migrationshintergrund sind längst kei-

ne homogene Gruppe mehr.

Während die meisten der ursprünglichen Gastarbeiter spätestens in der zweiten Generation begriffen hatten, worauf es ankommt, um die Chancen, die dieses Land ihnen bietet, erfolgreich nutzen zu können, drifteten andere in Fehlentwicklungen und integrationshindernde Verfestigungen ab, die Gesellschaft und Politik vielfach zu spät erkannt und angegangen haben.

1970 stammte der Großteil der Zuwanderer aus fünf Ländern, heute leben Migranten aus über 80 Staaten bei uns.

Es gibt in unserer Gesellschaft generell keine Integrationshindernisse. Innerhalb aller Herkunftsgruppen sind Integrationserfolge feststellbar, aber mit sehr unterschiedlicher Dynamik.

Fast die Hälfte der Jugendlichen aus Asien macht bei uns das Abitur. Junge Frauen aus Osteuropa erlangen häufiger die Hochschulreife als Einheimische.

Aber die Schere geht auseinander:

Neben neuen Eliten entstehen auch defizitäre Migrantenumilieus, in denen Integration nicht oder nur deut-

lich langsamer gelingt. Das gilt insbesondere dort, wo Zuwandererfamilien Integrationsdefizite über Generationen hinweg vererben, weil sie an mitgebrachten Rollenbildern und Traditionen festhalten, die denen unserer Gesellschaft entgegenstehen.

Insgesamt gehören laut SINUS-Milieustudie 31 % der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Deutschland Milieus mit Integrationsdefiziten an.¹

Integrationsdefizite führen zu Chancenlosigkeit, Perspektivlosigkeit verfestigt sich. So ist es nicht verwunderlich, dass unter den Jugendlichen ohne Ausbildung oder den Arbeitslosen überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund sind.

Zwischen niedriger Bildung und dem Festhalten an tatsächlichen oder angeblichen kulturellen und religiösen Traditionen existiert ein starker Zusammenhang.

Gerade bei jungen Muslimen geht das zu oft einher mit hoher Affinität zu gewaltlegitimierenden Umgangsnormen, der häufigen Nutzung gewalthaltiger Medien und Abschottung in Cliques Gleichgesinnter, mit erheblichen Risiken für Gewalt und Kriminalität.

Die leider verstorbene Berliner Jugendrichterin Kirstin Heisig hat in sehr sachlicher und sensibler Weise auf

diese Zusammenhänge aufmerksam gemacht. Hier erreicht man allein mit Angeboten wenig. Vielmehr müssen falsche Einstellungen benannt und überwunden werden.

Hier gilt es, präventiv ideologisch radikale Tendenzen gezielt zu bekämpfen. Auch das ist Integration und beginnt lange vor der Arbeit der Sicherheitsbehörden.

Ohne ein klares Bekenntnis der Migranten zu unserer Gesellschaft kann Integration nämlich nicht gelingen. Das müssen wir unmissverständlich einfordern. **Integration ist keine Einbahnstraße, sondern ein Vertrag auf Gegenseitigkeit.**

Die Aufnahmegesellschaft hat Orientierung und den Rechts- und Werterahmen vorzugeben, in den hinein Integration stattfinden kann und soll. Das allerdings setzt voraus, dass wir unsere Werte, unsere Kultur und Traditionen leben und bewusst für sie eintreten.

Unsere Leitkultur ist das von der Aufklärung geprägte Gesellschaftsbild aus christlich-abendländischen und jüdischen Wurzeln, europäischer Tradition und Kultur. Dazu gehört selbstverständlich die Glaubens- und Gewissensfreiheit.

In dieser Tradition sehen wir uns, diese Akzeptanz

müssen wir aber auch von jedem einfordern, der bei uns leben will.

Wer fehlende Klarheit über gesellschaftliche Werte zulässt, macht sich nämlich mitverantwortlich für Fehlentwicklungen, die aus Orientierungslosigkeit entstehen. Die Bevölkerung hat diese Sprachlosigkeit zu oft gespürt. Dadurch ist Raum für Ängste und oft wirre Diskussionen entstanden.

Mangelnde Konsequenz in der Integrationspolitik geht vor allem auf Kosten der gut Integrierten.

Zu kurz in der öffentlichen Debatte kommt nämlich die Tatsache, dass viele Migrantinnen und Migranten in Deutschland Leistungsträger unserer Gesellschaft geworden sind: Sie arbeiten als qualifizierte Fachkräfte, Lehrer, Wissenschaftler und Unternehmer, sie erziehen ihre Kinder zu verantwortungsvollen Staatsbürgern, engagieren sich im Ehrenamt. Migranten schaffen Arbeitsplätze und sind Vorbilder, nicht nur für andere Migranten. Diese Leistung sollten wir wahrnehmen, anerkennen und als Chance für unser Land sehen!

Dafür müssen wir neue Wege beschreiten. Zeitgemäß herangehen heißt für mich: Multikulti ist tot. Aus den Fehlern der Vergangenheit müssen wir genauso

lernen wie von gegenwärtigen Erfolgen.

Deutschland muss jetzt seine Hausaufgaben machen. Die Integrationsgipfel der Bundesregierung sind ein geeignetes und richtiges Instrument.

Bayern setzt Standards, denn unsere Politik hat mit einem vitalen wirtschaftlichen und stabilen sozialen Umfeld beste Voraussetzungen für eine gute Integration geschaffen.

In großer Kontinuität haben wir unseren politischen Gestaltungsspielraum genutzt: Wir haben eine Leitkultur auf der Basis unserer Grundwerte definiert und umgesetzt.

Dies hat die Klarheit und Orientierung geschaffen, die es hier allen leichter gemacht hat als anderswo in Deutschland.

Wichtige politische Impulse dazu waren die Regierungserklärung des damaligen Ministerpräsidenten Günther Beckstein vom 15.11.2007 und der Beschluss des 10 Punkte Plans „Aktion Integration“. Hinzu kamen die Konzepte zur Integration an Schulen und zur Verbesserung der Situation speziell von Migrantinnen, die die derzeitige Staatsregierung im letzten Jahr beschlossen haben.

Bayern zählt im Bundesvergleich zu den Ländern mit dem höchsten Anteil an Migranten: Im Jahr 2008 lebten in Bayern etwas mehr als 2,4 Mio. Personen mit Migrationshintergrund. Damit hat jeder Fünfte in Bayern einen Migrationshintergrund. Zu nennen sind vor allem ihre hohen Bevölkerungsanteile in den Städten München (35,2 %), Nürnberg (38,3 %) und Augsburg (39,5 %). Hier haben 60 % der Kinder im Vorschulalter einen Migrationshintergrund!

Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der bayerischen Bevölkerung wird bis zum Jahr 2020 von 19 % auf gut 23 % anwachsen.

Bayern ist gleichzeitig der beste Beweis dafür, dass ein hoher Migrantenanteil nicht gleichbedeutend mit großen sozialen Problemen ist. In Berlin leben anteilig weniger Migranten (25,6%) als in bayerischen Großstädten, doch die Integrationsprobleme sind ungleich schärfer!

Schlechte Perspektiven bei Bildung und am Arbeitsmarkt machen es dort gerade Menschen mit Migrationshintergrund besonders schwer. Sie bekommen keinen Zugang zu der Gesellschaft, in die sie sich integrieren sollen und landen so in der Perspektivlosigkeit, die Abschottung und Radikalisierung begünstigt.

Berlin-Neukölln ist nicht der Maßstab für Integration in Deutschland!

Bayern kann Integration besser denn die bayerische Gesellschaft ist eine Gesellschaft des Miteinanders und nicht des Neben- oder Gegeneinanders. Wir haben in Bayern keine Parallelgesellschaften. Wir werden durch unsere Politik dafür sorgen, dass bei uns auch keine Parallelgesellschaften entstehen.

Bayern kann Integration besser, denn bayerische Politik spricht eine klare Sprache. Weil wir wissen, woher wir kommen, wer wir sind und was wir von Menschen, die mit uns leben wollen, erwarten, erleichtern wir unseren zukünftigen Mitbürgern und uns Integration und gegenseitige Akzeptanz.

Bayern ist deshalb so erfolgreich, weil wir uns nie gescheut haben, Erwartungen an Zuwanderer deutlich zu definieren: Dieses Selbstbewusstsein macht Bayerns Bürger souverän und tolerant im zugewandten Sinne.

Wir haben eine eigene Identität, weil wir Wert legen auf unsere Lebensart, auf unsere Kultur, auf unsere Tradition, auf unsere Werte. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass Kreuze in den Klassenzimmern

hängen. Wir haben entschieden und erfolgreich alle Versuche der Grünen abgewehrt, dies zu ändern, denn: **Religionsfreiheit ist in Bayern nicht Religionsgleichheit.**

Bayern ist ein Integrationsland und die Erfolge geben uns recht:

Die Erwerbstätigenquote der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist mit 66,7 % in Bayern deutlich höher als in Deutschland (60,5 %) und sogar vergleichbar mit jener der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund in Berlin (67,6 %). Die Armutsrisikoquote von Migranten ist mit 23,2 % in Bayern die geringste bundesweit.

In europäischen Einwanderungsländern, wie etwa in den Niederlanden und Schweden, ist für Zuwanderer das Risiko, arbeitslos zu werden, annähernd dreimal so hoch wie in Bayern.

In der Studie zu den sprachlichen Kompetenzen im Ländervergleich 2010 befinden sich bayerische Kinder mit Migrationshintergrund in allen untersuchten Kompetenzbereichen (Lesen, Zuhören, Rechtschreibung) unter den drei besten Bundesländern.ⁱⁱ

Der bayerische Weg der Integration nimmt da seinen

Ausgang, wo jeder am stärksten geprägt wird: In der Familie. In vielen Migrantenfamilien prägen gerade die Mütter das Gesicht der nächsten Generation ganz besonders – sie sind Botschafterinnen für Werteverständnis, Rollenbilder und Sprache ihrer Kinder.

Wir haben deshalb mit großem Erfolg das Projekt „Mama lernt Deutsch“ aufgelegt und ausgebaut. In Angeboten wie „Starke Eltern - starke Kinder“ oder „Elterntalk“ wird Elternkompetenz mit Hilfe von Multiplikatorinnen aus dem gleichen Kulturkreis gestärkt.

In der Kinderbetreuung sichern wir die besondere Sprachförderung durch einen um 30 % höheren Förderbetrag für Kinder mit Migrationshintergrund (30 Mio. €).

Dadurch profitieren sie überproportional vom Ausbau der Kinderbetreuung: Im Krippenbereich hat sich in Bayern der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund seit 2008 mehr als verdoppelt.

Mehr als jedes dritte bayerische Vorschulkind (34,1 %) hat einen Migrationshintergrund, in den Städten trifft dies sogar auf etwa 60 % aller Kinder im Vorschulalter zu.

Interkulturelle Kompetenz und Sprachkompetenz spielt im Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplan eine herausgehobene Rolle. Deshalb unterstützen wir die Träger bei der Qualifizierung des pädagogischen Personals in Kindertageseinrichtungen in Sachen Sprachförderung und Intensivierung der Elternarbeit (7,3 Mio. €).

Wir wollen Eltern mit Migrationshintergrund als Bildungspartner gewinnen, damit sie die Bedeutung der Bildung für ihre Kinder erkennen und frühzeitig mit dem deutschen Bildungssystem vertraut werden.

Bayerische Integrationspolitik schafft von Anfang an Verbindlichkeit, wo dies erforderlich ist. Es gilt das Prinzip: „**Deutsch vor Einschulung**“. Wer nicht ausreichend gut deutsch spricht, kann vom Besuch der Regelklasse zurückgestellt und zu Förderkursen verpflichtet werden.

Was vor wenigen Jahren noch als „Zwangsgermanisierung“ bekämpft worden ist, war die wichtigste Tür zu echter Chancengerechtigkeit in der Bildung.

Verbindliche Sprachstandsfeststellungen für Vierjährige führen in die „Vorkurse Deutsch“, die wir von 160 auf 240 Stunden aufgestockt haben (1,8 Mio. € Gesamtkosten). Inzwischen können 90 % der in Vor-

kursen geförderten Kinder bei Schuleintritt die Regelschule besuchen.

Alle Kinder in Bayern sollen die Chancen nutzen können, die ihnen ihre Talente am Beginn der Schullaufbahn bieten. Das begabungsgerecht gegliederte bayerische Schulsystem ist dafür am besten geeignet.

An Grund- und Hauptschulen mit einem Migrationanteil von 50 % oder mehr, lernen bayerische Kinder in Klassen mit max. 25 Schülern. Im Schuljahr 2010/11 sind allein dadurch bayernweit 401 neue Klassen entstanden.

Durch Integrationskurse für Eltern, wie z.B. in Nürnberg, wird die Schule ein wichtiger Anlaufpunkt im sozialen Umfeld.

Gerade Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund profitieren besonders von unserem Förderprogramm **Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS)**, das bundesweit Standards gesetzt hat. Allein in diesem Jahr fördern wir 450 JaS-Stellen an 629 Schulen mit 6,76 Mio. €.

Wir fördern ehrenamtliche Angebote der **Hausaufgabenhilfe für Schülerinnen und Schüler** mit Migrationshintergrund an der Grundschule (270.000 €).

Das ist gleichzeitig ein wichtiger Impuls für das ehrenamtliche Engagement, denn die Hausaufgabenhilfe lebt von motivierten Ehrenamtlichen, die Kinder anleiten und begleiten und nicht selten auch in anderen Bereichen wichtige Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner werden.

Die duale Berufsausbildung ist bei vielen Migrantenfamilien noch nicht hinreichend bekannt und anerkannt. Für den Übergang von Schule und Beruf haben wir unser Programm „**Fit for Work**“ um eine Integrationskomponente erweitert (Gesamtvolumen rund 27 Mio. €).

Bayern setzt gezielt auf **Ausbildungsplatzakquisiteure** mit eigenem Migrationshintergrund, die über das bayerische Berufsbildungssystem informieren und dafür bei den jungen Migranten werben (450.000 €).

Auch der **öffentliche Dienst** ist offen für Migrantinnen und Migranten – was allein zählt, sind die Leistung und der Wille, für Bayern arbeiten zu wollen. Der Innenminister hat im Polizeibereich dafür ein besonders positives Zeichen gesetzt.

Bayern schafft Teilhabechancen: von der KITA, der Schule, dem Ausbildungs- und Arbeitsplatz bis hin zur

Krabbelgruppe und dem Verein.

Bayern kann Integration besser, denn Integration gelingt bei guten wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Sie helfen dem, der sich anstrengt und lassen Chancen entstehen.

Bayern kann Integration besser, denn bei uns gilt: Nicht nur die Politik, sondern auch die Bürger, die Gesellschaft und die Wirtschaft in Bayern leben Integration.

So mancher bayerische Arbeitgeber profitiert von der interkulturellen Kompetenz seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund.

Mehrsprachigkeit und Sensibilität für andere Kulturen tragen in unserer globalisierten Welt entscheidend zum Erfolg bei. Ebenso gibt es gerade bei uns in Bayern vielfältiges ehrenamtliches Engagement, das von Mitbürgern mit Migrationshintergrund getragen wird.

Wer Bildung und Ausbildung nicht bei uns erworben hat, braucht zielgenaue Unterstützung bei Arbeitssuche, Qualifizierung und Weiterbildung.

Dazu gehört zwingend die leichtere **Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsschlüssen**. Wir haben bei den hier lebenden Men-

schen mit Migrationshintergrund ein großes und bislang weitgehend ungenutztes Potential an Fachkräften. Die Schätzungen schwanken zwischen 500.000 und 2.800.000 bundesweit, die einen ausländischen Bildungs- oder Berufsabschluss besitzen. Hier brauchen wir schnell klare Regeln und Zuständigkeiten und ein einheitliches und transparentes Verfahren. Ich bin dankbar, dass die Initiative der Bundesregierung für ein solches Anerkennungsgesetz wesentliche Forderungen aus Bayern aufgreift.

Allein die sprachliche und berufliche erfolgreiche Eingliederung in die Gesellschaft bedeutet jedoch noch nicht immer auch gleichzeitig gelungene Integration. Wir wollen, dass die Menschen, die bei uns leben, sich zu unserer Gesellschaft bekennen. Niemand muss deshalb seine Wurzeln vergessen, aber jeder und jede muss unsere Rechtsordnung beachten und unsere Grundwerte respektieren. Wer dazu nicht bereit ist, sollte seine Entscheidung, bei uns zu leben, überdenken.

Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung, nach dem die **Zwangsehe** künftig als eigener Straftatbestand gewertet werden soll, wird daher ein klares und notwendiges Signal an die Täter gesetzt, dass bei uns kein Platz für Zwangsheirat ist.

Ich fordere aber auch, den **Zuzug aufgrund der Eheschließung** zukünftig nur noch dann zuzulassen, wenn beide Partner das 21. Lebensjahr vollendet haben. Damit tragen wir dazu bei, dass Zwangsheiraten bekämpft und fatale Fehlentwicklungen, ich denke an die sogenannten „Importbräute“, von Anfang an unterbunden werden.

Je jünger Kinder bei ihrer Einreise sind, desto größer sind ihre Chancen auf Teilhabe in der Gesellschaft, am Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt. Ich plädiere dafür, das **Nachzugsalter für Kinder von 16 auf 12 Jahre herabzusetzen**, und werde entsprechende Bestrebungen im Bund nachdrücklich unterstützen.

Wir wollen an der Ausbildung der Imame, die in Deutschland predigen, mitwirken, weil wir eine Welt gemeinsam getragener Verbindlichkeiten anstreben. **In unseren Moscheen soll deutsch gepredigt werden.**

Das Beherrschen der deutschen Sprache ist eine Bürgerpflicht für jeden, der in unserem Land leben will.

Niemand darf Sprach- und Integrationskurse als reine

Präsenzveranstaltung betrachten. **Es ist jedem zumutbar, innerhalb eines Jahres Deutsch zu lernen!**

Das muss für alle volljährigen Familienmitglieder gelten, vor allem, wenn sie Sozialleistungen erhalten, auch für die Ehefrau, die möglicherweise dem Arbeitsmarkt aufgrund von Kleinkindbetreuung noch nicht zur Verfügung steht.

Während der Kinderbetreuungsphase ist es durchaus zumutbar, spätere Vermittlungshindernisse wie mangelnde Sprachkenntnis oder fehlende oder veraltete Berufsabschlüsse zu beseitigen.

Dass dazu entsprechende Kursangebote und Kinderbetreuungsangebote gehören, versteht sich von selbst. Hier ist der Bund weit mehr gefordert als bisher.

Wir gewähren volle Teilhabe an unseren Sozialsystemen, von Anfang an. Aber dafür gilt auch hier: „Fördern und Fordern“. **Integration ist keine „Rosinenpickerei“**, nach dem Motto: „Was mir gefällt, nehme ich in Anspruch und ansonsten soll bitte alles wie bei mir zu Hause sein.“

Wer nicht bereit ist, sich zu integrieren, muss mit

Konsequenzen rechnen. Das heißt konkret: Es muss jedem klar sein, dass er **bei Integrationsverweigerung mit Sanktionen** vom Bußgeld bis zur Leistungskürzung rechnen muss.

Durch welche gesetzlichen und vollzugstechnischen Änderungen dies noch besser umsetzbar wird, prüfen wir derzeit, um dann entsprechende Vorschläge auf der Bundesebene einzubringen.

Obwohl allein in Bayern mehr als eine Million **Frauen mit Migrationshintergrund** leben, wurde die Integration von Migrantinnen zunächst nicht als eigenes politisches Handlungsfeld in den Blick genommen.

Migrantinnen prägen aber als Mütter den Alltag ihrer Kinder, sie bewegen sich in eigenen sozialen und familiären Netzwerken, die viel zu gelingender Integration beitragen können.

94 % der Mädchen und Frauen mit türkischem Migrationshintergrund wollen sich ihre beruflichen Wünsche erfüllen. Trotz guter Schulabschlüsse finden sie deutlich seltener in den Arbeitsmarkt als Männer mit Migrationshintergrund oder ihre einheimischen Geschlechtsgenossinnen. Hier liegt noch ein großes, bisher zu wenig erkanntes und genutztes Potential!

Deshalb hat die Bayerische Staatsregierung 2009 ein spezielles Handlungskonzept zur „Integration von Migrantinnen“ beschlossen, das sich mit allen wichtigen Themen von Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt über Familie bis zur kultursensiblen Pflege und bürgerschaftlichem Engagement sowie Gewalt und Zwangsverheiratung befasst.

Gerade Migrantinnen profitieren besonders von Vorbildern! Sie gilt es ganz spezifisch herauszustellen, auch als Antwort und wirksamen Gegenentwurf zu überkommenen Rollenvorbildern von Mann und Frau, die bei uns in Westeuropa nichts zu suchen haben.

Wir wollen weiterentwickeln, was erfolgreich ist. Bayern ist daher eines der Pilotländer bei der Entwicklung des Integrationsmonitorings auf Länderebene.

Integration leben, das ist auch das Motto unseres **bayerischen Integrationsbeauftragten**. Ich danke dem Kollegen Martin Neumeyer für sein Engagement, das er mit Kompetenz und Herzblut einbringt.

Das Signal „**Integration findet vor Ort statt**“, transportieren wir auch weiterhin über die Integrationspreise der Regierungen, die jährlich an herausragende kommunale Integrationsprojekte vergeben werden.

Eine besondere Herausforderung wird künftig darin bestehen, integrationsferne Familien besser zu erreichen.

Projekte wie die Augsburger „Stadtteilmütter“, „Eltern-talk“, aber auch „Mama lernt Deutsch“-Kurse zeigen uns, wie ausgezeichnet niederschwellige, aufsuchende Ansätze funktionieren.

In vielen Gemeinden in Bayern gibt es bereits hervorragende Projekte und kirchliche und karitative Initiativen vom gemeinsamen Bastelnachmittag über Sport und Kultur bis zu regelmäßigen Dialogforen sowie ehrenamtlichen Schulungs- und Qualifizierungshilfen. In den Kommunen gestaltet sich das Zusammenleben, hier muss Integration konkret mit Leben erfüllt werden.

Allen, die hier ehrenamtlich tätig sind, möchte ich herzlich und aufrichtig danken. Das schließt die Aktiven in der Kommunalpolitik ein, die vor Ort erfolgreich Integration betreiben und gestalten.

Mit Projekten wie der „**Sozialen Stadt**“ fördern wir in Bayern eine Städtebauplanung, die Abschottungen und separierten Wohnvierteln entgegenwirkt.

Natürlich gehört auch die Beteiligung von **Migrante-**

norganisationen dazu, letztlich hat uns aber gerade auch die Islamkonferenz gezeigt, dass es entscheidend für das Gelingen von Integration ist, die Menschen und Strukturen vor Ort einzubeziehen. Dies ist ein wichtiger Teil des zeitgemäßen präventiven Ansatzes bayerischer Integrationspolitik.

Bayern kann Integration besser, unser Zusammenhalt macht den Unterschied. Dabei soll es auch bleiben!

Unsere Kinder, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, werden gemeinsam die Zukunft gestalten. Sie werden ihre Zukunftschancen einlösen, gemeinsam den zukünftigen Wohlstand und unsere Renten erarbeiten und gemeinsam unser Alter und unsere Pflege organisieren. In ihrem und unserem Interesse müssen wir den bayerischen Weg der Integrationspolitik weitergehen.

Es sind die Menschen in Bayern, die Integration zu einer Erfolgsgeschichte machen. Integration muss man leben, basierend auf vitalen Werten, klaren Pflichten und damit Chancen für alle.

ⁱ Vgl. Wippermann, C./Flaig B.B.: Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 5/2009

ⁱⁱ „Sprachliche Kompetenz im Ländervergleich“, IQB Berlin, Juni 2010